



Info-Brief September 2009



Liebe Wandsbekerinnen, liebe Wandsbeker

Mit diesem Infoblatt bieten wir Ihnen die Möglichkeit, sich über unsere Arbeit zu informieren. Kommunalpolitik soll und muss die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger verbessern. Dies kann nur im Austausch mit Ihnen erfolgen. Damit wir Ihre Vorstellungen erfahren, bieten wir Ihnen mit dieser kleinen Veröffentlichung auch die Möglichkeit, mit uns in einen Dialog einzutreten.

Ihr Thomas Ritzenhoff

Inhalt

- Bezirksversammlung am 3. September
- Jugendhilfeplanung
- Boltwiesen Preispoker auf Kosten der Jugend?
- Notfallkompetenz in Rahlstedt bündeln
- Bürgerhaus Wandsbek erhalten

Impressum:
SPD-Fraktion in der
Bezirksversammlung Wandsbek
Schloßstraße 12 – 22041 Hamburg

Bezirksversammlung am 3. September 2009

Am 3. September findet die nächste Sitzung der Bezirksversammlung statt. Die SPD-Fraktion wird die folgenden Anträge in die Beratungen einbringen:

- Zukunft des Wandsbeker Bürgerhauses
- Notfallkompetenz in Rahlstedt bündeln
- Verkehrssituation Am Knill
- Planungen Bahnhofsbereich Rahlstedt

- Stationäre Geschwindigkeitswarnlage im Großlohering
- Außerdem hat die SPD-Bezirksfraktion eine große Anfrage zur Verkehrsanlage Poppenbüttel eingereicht, um sich Klarheit zu verschaffen, wie es rund um den Poppenbütteler Bahnhof weitergehen wird. Eine Anfrage nach § 27 wurde zum Barrierefreien Umbau von Schnellbahnhaltstellen in Wandsbek wurde

ebenfalls eingereicht um herauszufinden, welche Haltestellen in Wandsbek entsprechend umgebaut werden sollen.

Für die aktuelle Stunde ist das Thema „**Boltwiesen: Preispoker auf Kosten der Jugend**“ angemeldet. Die SPD setzt sich schon seit einigen Jahren dafür ein, dass auf den Boltwiesen ein Jugendclub errichtet wird.

SPD für neue Organisation in der Jugendhilfeplanung

Die Jugendhilfeplanung im Bezirk Wandsbek ist in den vergangenen Jahren dadurch geprägt, dass den andauernden Mehrausgaben für Personal und andere laufende Kosten ein strukturelles Defizit der Zuweisungen durch die Hamburgische Bürgerschaft gegenüber stehen. Das strukturelle Defizit konnte in der Vergangenheit zwar immer durch die jährliche Rückübertragung von Restmitteln an den Bezirk ausgeglichen werden, die Situation hat jedoch dazu geführt, dass – sofern keine bestehenden Einrichtungen geschlossen werden sollen – es keine Möglichkeiten geben wird, innerhalb der kommenden Jahre auf neue Bedarfe mit entsprechen-

den neuen Angeboten zu reagieren.

Der Jugendhilfeausschuss ist nach dem Gesetz dazu verpflichtet, ein flächendeckendes Angebot für Kinder und Jugendliche bereitzustellen

Der Bezirk Wandsbek hat eine soziale und demografische Struktur, in der sich Auffälligkeiten über den gesamten Bezirk verteilen und ganze Ortsteile bisher nicht versorgt sind.

Es gibt einen steigenden Bedarf an mobilen Kräften, die im Rahmen der Straßensozialarbeit auf die wandernden Gruppierungen von Jugendlichen reagieren können. Die Einrichtungen haben einen stärkeren Bedarf an

Vernetzung untereinander.

Deswegen halten wir es für erforderlich, den Jugendhilfeetat auf Dauer umzustrukturieren. Um den zusätzlich auftretenden Bedarfen abhelfen zu können, soll ein vom JHA festzulegender Anteil für Projektförderung, vorgehalten werden. Der Anteil für Projekte sollte mindestens 10-15% betragen und der Definition eines Projektes gemäß befristet in einen Sozialraum gegeben werden. Der mit dem Projekt beauftragte Träger kann auch längerfristig Zuwendungsempfänger sein. Dabei ist die Einhaltung arbeitsrechtlicher Regelungen zu gewährleisten.

**Treffen Sie uns auf der Bunten Welle
am 4. und 5. September auf dem Wandsbeker Marktplatz!**

Boltwiesen: Preispoker auf Kosten der Jugend??

Das Thema Jugendclub Boltwiesen hat ein neues Kapitel: Durch die vom Senat beschlossene Neuregelung der Hortplatzversorgung soll am Standort Boltwiesen kein Hort mehr eingerichtet werden. Das verschiebt die Eröffnung dieser so dringend benötigten Einrichtung wieder auf ungewisse Zeit, weil jetzt neu über die Finanzierung des Jugendclubs verhandelt werden muss. Anja Quast, die jugendpolitische Sprecherin der SPD-Bezirksfraktion: „Hier wird auf Kosten der Jugendlichen ein Preispoker betrieben, anstatt dafür zu sorgen, dass endlich ein Jugendclub in diesem unterversorgten Gebiet entsteht!“

Horte sollen nach Willen des CDU/GAL-Senats zukünftig nur noch an Schulen eingerichtet werden, um zu gewährleisten, dass die Kinder ab 2011 bis 16 Uhr verlässlich betreut werden können. Die SPD ist generell für einen Ausbau der kostenlosen Kinderbetreuung in Horten aber diese darf nicht zu Lasten von Kindern, Personal und Betreuungsqualität gehen. So werden die Gruppenstärken erhöht, weil zwar mehr Kinder betreut werden sollen, aber keine neuen Erzieherinnen eingestellt werden. Die Betreuung von 8-16 Uhr ist kostenlos aber diese Kostenfreiheit wird dadurch aufgesogen, dass die Betreuung in den Randzeiten vor 8 Uhr und nach 16 Uhr und in

den Ferien doppelt so teuer sein wird. Dazu Anja Quast weiter: „Der Senat preist die Kostenfreiheit für die Betreuung zwischen acht und sechzehn Uhr an erhöht im Gegenzug die Gebühren für die Betreuung in den Randzeiten – das ist keine ehrliche Politik.“

Die Koppelung des Jugendclubs mit einem Hort hat für alle Beteiligten Vorteile, so können Räume gleichzeitig genutzt werden, Erzieher und Erzieherinnen können sich gegenseitig unterstützen und fachlich ergänzen, Kinder können länger an einem Platz betreut werden. Diese Synergieeffekte werden durch die Planungen des Senats unmöglich gemacht.

Der Jugendclub Boltwiesen war schon zu Beginn des Sommers fast daran gescheitert, dass die Finanzbehörde sehr paragrafentreu das benötigte Grundstück nur zum Höchstpreis verkaufen wollte. Der vordergründige Gewinn war der CDU wichtiger als die längst fällige Einrichtung des Jugendclubs in Rahlstedt, der so wichtig für die dort wohnenden Jugendlichen wäre. Anja Quast: „Die Regierung aus CDU und GAL möchte hier das Letztmögliche herauspressen, um sich weiterhin ihre Leuchtturmprojekte leisten zu können – hier wird auf dem Rücken der Jugendlichen Preistreiberei betrieben.“

Notfallkompetenz in Rahlstedt bündeln

In Rahlstedt befinden sich die Freiwillige Feuerwehr und die Rettungswache der Berufsfeuerwehr unter einem Dach in der Brockdorffstraße 22. Da das derzeit genutzte Gebäude nicht mehr den Anforderungen der heutigen Zeit entspricht hat der Senat auf dem Grundstück Rahlstedter Straße 85 die Planungen für den Neubau einer Rettungswache begonnen. Auch die Freiwillige Feuerwehr wird mittelfristig ein neues Gebäude für die Wache brauchen.

Die bestehenden Planungen wurden bislang nicht zusammengefasst. Dadurch würden nicht nur finanzielle Mehrausgaben resultieren und bei den Betroffenen sowie in großen Teilen der Bevölkerung auf Unverständnis gestoßen werden. Auch das in Rahlstedt über lange Zeit praktizierte Miteinander von Haupt- und Ehrenamt wäre durch zwei einzelne Neubauten beendet.

Deswegen regt die SPD-Bezirksfraktion an, das Grundstück Rahlstedter Straße 83 für die Errichtung einer Wache für die Freiwillige Feuerwehr zu erwerben. Auf den benachbarten Grundstücken könnte dann in zwei Bauabschnitten eine Rettungswache für die Berufsfeuerwehr und später für die Freiwillige Feuerwehr entstehen

Bürgerhaus Wandsbek erhalten

Im neuen alten Bürgerhaus hat sich wieder ein reges soziokulturelles Leben entwickelt, das von hohem ehrenamtlichen Engagement geprägt ist. Neben diversen Kurs- und Seminarangeboten werden die Räumlichkeiten dauerhaft von einer Mieterberatung, einer Musikschule für Kinder und Jugendliche und einer Essensausgabe in Zusammenarbeit mit der Hamburger Tafel genutzt. Außerdem wird das Haus häufig

für private Veranstaltungen wie Geburtstage und Hochzeiten angemietet.

Das Bürgerhaus befindet sich in einem guten baulichen Zustand. Die erneute Etablierung als Stadtteilkulturzentrum ist gelungen. Die Notwendigkeit für eine solche Einrichtung im Wandsbeker Kerngebiet ist offensichtlich und in der Kommunalpolitik parteiübergreifend anerkannt. Es wäre ein großer Schaden für den Stadtteil,

wenn das Bürgerhaus nach der erfolgreichen Wiedereröffnung zum zweiten Mal geschlossen werden müsste.

Die SPD-Bezirksfraktion setzt sich mit einem Antrag in der Bezirksversammlung dafür ein, dass dieses Grundstück im Eigentum der Stadt verbleibt und das Gebäude des Bürgerhauses für die Nutzung als Stadtteilkulturzentrum erhalten bleibt.